

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 3 mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger und and. Bezugsstellen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2915, 2916, 2917. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Restlandteile 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Restlandteile 1.50 M. Seitenpreise z. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 23

Mittwoch, 15. Januar 1919.

73. Jahrgang.

Die demokratische Ablehnung.

Die bedauerliche Ablehnung der Demokratischen Partei, ihre Liste mit denen der anderen bürgerlichen Listen zu finden, ist nicht auf Hessen-Nassau beschränkt. Auch aus anderen Wahlkreisen liegen Nachrichten vor, daß dort die gleiche ablehnende Haltung von der Demokratischen Partei angenommen werde. Es muß also angenommen werden, daß diese Ablehnung die Folge einer allgemeinen Parole ist. Das deutsche Bürgertum muß um so eifriger arbeiten, um jede Frau und jeden Mann, die das wahlfähige Alter (20 Jahre) erreicht haben, der Parteiorganisation zuzuführen und nächsten Sonntag an die Urne zu bringen. Der Sieg ist sicher, wenn jeder das Wahlrecht als eine Pflicht betrachtet. In diesem Augenblick, da es um Deutschlands und des deutschen Volkes ganze Zukunft geht, ist die Ausübung der Wahl die heiligste Bürgerpflicht eines jeden wahlberechtigten Deutschen. Wer nicht wählt, ist mitschuldig, wenn die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung die Ueberhand bekommt und die Verfassung nach dem Muster des Erfurter Programms zuschneidet. Es ist aber nun nicht gleichgültig, welcher der drei Parteien, die ihre Listen gebunden haben, man seine Stimme gibt, denn die Stimmenzahl soll auch ein Bild von der Stärke der Parteien geben. Das Bild würde aber durchaus falsch sein, wenn die Wähler glauben, es genüge nun, die Liste einer beliebigen von den drei verbündeten Parteien zu wählen. Nein, man muß der Liste seiner eigenen Partei die Stimmen zuführen. Wir empfehlen den Stimmgäbigen der Deutschen Volkspartei, in der wir die eigentliche bürgerliche Sammelpartei erblicken und die wir daher auch für die am meisten Erfolg versprechende halten. Bleibt bei der Ausrechnung des Wahlergebnisses ein Rest volksparteilicher Stimmen übrig, der nicht genügt, um noch einen eigenen Kandidaten als gewählt zu betrachten, so wird dieser Rest zu den Resten der anderen verbündeten Parteien geschlagen und auf diese Weise noch ein Mandat errungen. Die Demokratische Partei will ihren Stimmenrest lieber verloren geben lassen, als ihn den anderen bürgerlichen Parteien zugute kommen zu lassen. Es ist leicht möglich, daß sie dadurch in Hessen-Nassau den Sozialdemokraten einen Wahlsitz mehr, als diese ihrer Stärke nach zu beanspruchen hätten, zuführt. Ganz gewiß wird im Reiche so mancher bürgerliche Wahlsitz durch die Schuld der Demokraten an die Sozialdemokraten verloren gehen. Nun, so trage sie denn auch die Verantwortung für diesen Verrat an den allgemeinen bürgerlichen Interessen! Jeder, der die Sozialdemokratie als den schlimmsten Feind des Bürgertums erkennt, ist nun genötigt, gegen die demokratische und gegen die sozialdemokratische Partei zu stimmen.

Es liegen uns über Listenbindungen noch folgende Meldungen vor:

Essen: Zentrum, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei haben ihre Wahlvorschläge miteinander verbunden.

Düsseldorf: Wie das hiesige Zentrumblatt mitteilt, hat die Deutsche demokratische Partei einer Verbindung ihres Wahlvorschlags mit dem der Zentrumspartei zugestimmt, dagegen die Verbindung mit der Liste der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt. Unter diesen Umständen habe nur eine Verbindung der Liste des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei erfolgen können. Wie schon mitgeteilt wurde, hat die Deutsche demokratische Partei für den Wahlkreis Düsseldorf-Berg eine Listenverbindung mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Das Blatt der Düsseldorf-Berg-Zentrumspartei, das „Düsseldorfer Tageblatt“, schreibt dazu: „Es muß der Deutschen demokratischen Partei die Verantwortung überlassen bleiben, daß sie ein durch das Wahlgesetz ermöglichtes Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien ohne Aufgabe irgend welcher Parteigrundzüge und ohne Entzweien für gegnerische Kandidaten durch ihre Weigerung unmöglich gemacht hat, obwohl sie darauf hingewiesen worden ist, daß nur die Verbindung aller bürgerlichen Listen die Sicherheit gibt, den Sozialdemokraten einen weiteren Wahlsitz abzugewinnen.“

Solingen: Hier wurde, nachdem durch die Demokratische Partei eine Listenverbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist, eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei gegründet.

Osnabrück: Im Wahlkreis Osnabrück-Nurich-Debenburg beschloßen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Welfen und die Konservativen die Verbindung ihrer Wahlvorschläge. Die Demokraten schlossen sich aus.

Wahlversammlung.

Paris, 12. Jan. Mit Genehmigung und in Anwesenheit des französischen Besatzungskommandanten fand heute hier im Gasthaus „Zum deutschen Haus“ eine außerordentliche Wahlversammlung statt, in welcher Fabrikbesitzer Passavant von der Michelbacher Hütte in einständiger, beifällig aufgenommenen Rede über die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und das Programm der Deutschen Volkspartei sprach. Vorstandsdirektor Petitjean aus Wiesbaden und Defau Dr. Seibert aus Paderborn verbreiteten sich über das Wesen der Verhältniswahl und die in der Deutschen Volkspartei zur Nationalversammlung aufgestellte Kandidatenliste, welche besonders den Interessen der einheimischen Landwirtschaft Rechnung trage. Jeder in die Zukunft blickende Landwirt müsse sich darüber klar sein, daß weder die Tendenzen der sozialdemokratischen noch die der mit dieser eng verwandten Demokratischen Partei den beruflichen Erfordernissen des Bauernstandes

Was will die Deutsche Volkspartei?

5. Gerechte Verteilung der Steuernlast.

Die Kriegsgewinne sollen erfasst und Vermögensabgaben gefordert werden, aber so, daß durch dieses notwendige Eingreifen die Lebensbedingungen und der Wagemut der freien Wirtschaft nicht unterbunden werden. Wir fordern eine gerecht gestaffelte Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer, Monopole zur Stärkung der Staatsfinanzen, Reichseisenbahnen. Wir verlangen den schleunigen Abbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Bürger und Bürgerinnen — wählt Deutsche Volkspartei!

entgegenkommen könnten, dagegen die Deutsche Volkspartei grundsätzlich befreit wäre, die Existenz einer blühenden Landwirtschaft zu sichern. Die anregend verlaufene Versammlung ergab die Uebereinstimmung der Erklärenen, am 19. Januar geschlossen für die Liste Richter-Sieber einzutreten.

Sozialisierung des Bergbaus.

Aus Essen wird gemeldet: Ungeachtet der weitgehenden Zugeständnisse an die Bergarbeiter, namentlich im Essener Revier, hat die Streikbewegung einen solchen Umfang angenommen, daß die Gaslieferung bereits teilweise eingestellt und auch die Wasser- und Elektrizitätsversorgung in Frage gestellt ist. Der Essener A.S.N. glaubt nun die Fortdauer der Streikbewegung und den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch dadurch verhindern zu können, daß er den Vordränger Ruben zum Volkstkommissar für die Sozialisierung des Bergbaus bestellt und ihm je ein Mitglied der Arbeitervereine, der Unabhängigen und des Spartakusbundes als Beigeordnete zur Seite stellt. Diese Kommission soll verschiedene Besondere bilden und für jedes Revier einen Revierrat aufstellen. Diese Revierräte sollen wieder an einem Zechenrat zusammenzutreten, der einerseits mit dem Volkstkommissar verhandelt. Der A.S.N. ist bekannt, er habe die Aussicht über die Förderung und den Vertrieb der Bergwerksprodukte des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks übernommen. Die sozialistischen Parteien mit Einschluß der Spartakusgruppe hätten unter diesen Umständen einmütig Stellung genommen für sofortige Einstellung des Streiks. Arbeitervereine und neue Kommissionen, die als gegenwärtige Vertretung der Beigeordneten gelten müssen, besprachen am Freitagabend mit dem A.S.N. die Lage im Kreis Essen. Die Lage ist trotzlos! Deute in Altsenfen kein Gas, Übermorgen keine Elektrizität, vielleicht Stillstand der Wasserversorgung! Nach eingehender Beratung ergab sich der Beschluß: Der A.S.N. führt die Kontrolle der Bergwerksindustrie als vorbereitende Sozialisierungsmaßnahme ein und erwartet dafür Vertrauen von der Bergarbeiterchaft. Das weitere Ausschauende unbestimmt. Die Vertreter der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen sozialdemokratischen Parteien fordern die freikundigen Bergleute auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen und neue Kundgebungen nicht zu beginnen. Die Feuerzettelzulage und Einhaltung der sonstigen Vereinbarungen mit den Unternehmern sei selbstverständlich Voraussetzung. Die Spartakusleute wollen, wie die sozialdemokratische „Essener Arbeiterzeitung“ schreibt, dagegen erst sehen, was eine neue Beratung am Montag bringt, ehe sie zur Arbeitsaufnahme raten.

Das neue Kabinett Lloyd George.

Die in den Londoner Abendblättern veröffentlichte Zusammensetzung des Kabinetts enthält die Namen: Premierminister Lloyd George, Lordsegelebewahrer und Führer des Unterhauses Bonar Law, Vizepräsident Council, Führer des Oberhauses, Lord Curzon, Minister ohne Portefeuille Sir Eric Geddes, Lordkanzler Frederic Smith, Inneres Sherrill, Auswärtiges Balfour, Kolonien Lord Milner; Staatssekretär des Kriegs- und Luftfahrtwesens Churchill; Unterstaatssekretär im Luftministerium Generalmajor Selby, Landwirtschaft Prother, Unterricht Fisher; Minister für Munition (später Minister für Versorgung) Sir, Staatssekretär für Indien Montagu, Unterstaatssekretär für Indien Sir Sinha (der erste Indier, der Mitglied der britischen Regierung wird), Admiralität, der Admiral Sir Edward Stanley; Verkehrsmittelkontrolleur Roberts (Arbeiterpartei); Schiffahrt Sir Josef Macbai; Arbeitsminister Sir Herne; Pension Sir Evans; Wiederaufbau Sir Ausland Geddes; Schutzsekretär Douglas Chamberlain, Vordienstant für Irland Feldmarschall French; Erster Staatssekretär für Irland Jones Macpherson.

Das Kriegskabinett wird vorläufig weiterbestehen. Es ist geplant, ein Ministerium für Wege und Verbindungen unter Sir Eric Geddes zu errichten. Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Cecil Harmsworth, Ferner Prother und Belk wurden in den Pairband erhoben.

Zur Frage „Trennung von Kirche und Staat“.

Zu einem bedeutsamen Ereignis des evangelisch-kirchlichen Lebens Wiesbadens haben sich die mit Erlaubnis der französischen Militärbehörde in der vergangenen Woche veranstalteten Gemeindeabende ausgewachsen. Im Auftrage der kirchlichen Körperschaften der Gesamtgemeinde waren sie eingerichtet zum Zwecke sachlicher Aufklärung über die Frage nach der Trennung von Staat und Kirche. Bei aller Eigenart der einzelnen Redner, die sich natürlich nicht verweigerte, kam doch dieser unparteiliche Charakter der ganzen Veranstaltung jedesmal zu erfreulichem Ausdruck. Den Anfang machte Defau D. Freesenmeyer am Sonntag (5. Jan.) mit einem Vortrag über das Thema: „Was bedeutet Trennung von Staat und Kirche?“ Er schilderte, wie es bei uns zu dieser Forderung nach Trennung kam, zeigte die tiefgehenden Folgen für Volk, Staat und Kirche, die bei ihrer etwaigen Durchführung eintreten müßten, erkannte die Reformbedürftigkeit des Verhältnisses von Staat und Kirche an, warnte aber im Interesse aller vor übereilten Maßnahmen. Der Vortrag fand zuerst in der Aula des Lyzeums am Schloßplatz statt. Da dieser Raum sich als viel zu klein erwies, wurde der Vortrag noch zweimal in der Ringkirche wiederholt, wo auch die folgenden Gemeindeabende alle stattfanden. Es folgte Hr. Hofmann, der zweimal über das Thema: „Wie ist die Trennung von Staat und Kirche in anderen Ländern durchgeführt?“ sprach. In anschaulichen Bildern schilderte er die kirchlichen Verhältnisse in Amerika, Frankreich und, mit besonderer Zustimmung, im Kantone Basel-Stadt, wies die Verschiedenartigkeit der Motive nach, die zu der Trennung in den einzelnen Ländern geführt haben, und forderte vor allem die Aufrechterhaltung einer großen, die evangelischen Christen aller Schattierungen umfassenden Volkskirche. Schließlich sprach Hr. Bedemann dreimal über die Frage: „Was haben wir zu fordern bei einer etwaigen Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche?“ Ausgehend von dem Gedanken, daß der Kulturhaat um seiner selbst willen die erste Pflicht braucht, und daß die Verbindung zwischen Frömmigkeit und allgemeinem Geistesleben, wie sie sich in deutschen Protestantismus in eigenartiger Weise herausgebildet hat, erhalten werden muß, daß diese Erhaltung aber nur möglich ist, wenn irgend eine Verbindung zwischen Kirche und Staat besteht, forderte er vor allem: wirtschaftlicher Schutz des Staates für alle größeren Religionsgesellschaften, Abschaffung eines geordneten Religionsunterrichtes in allen Schulen, Erhaltung der theologischen Fakultäten im Rahmen der Universitäten. — Die Beteiligung, der Gemeindeabende an allen Vorträgen war bis zum Schluß der ganzen Veranstaltung am letzten Sonntag sehr groß. Die Kirche war stets gut besucht, mehrfach überfüllt.

Das Programm der Deutschen Volkspartei last zu dieser Frage: „Die geschichtliche überkommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht gelöst werden. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.“

Rumänien annektiert Siebenbürgen.

Der rumänische Staatsrat veröffentlicht ein Dekret, durch das die siebenbürgischen Gebiete Rumänien endgültig einverleibt werden. Die einverleibten Gebiete werden provisorisch durch die Minister ohne Portefeuille in der Regierung vertreten sein. Sie können Spezialräte in den verschiedenen Departements vorschlagen.

Befehung der Dobrudscha.

Einem englischen Funkpruch vom 10. Januar zufolge haben die Alliierten die im Bukarester Vertrag von 1918 Bulgarien zugesprochene Dobrudscha befehlt. Die Dobrudscha-Frage bleibt bis zu ihrer Erledigung auf der Friedenskonferenz in der Schwebe.

Ein Anschlag auf Paderewski.

Es wird gemeldet, daß polnische Volksgewissen in Warschau ein Attentat auf Paderewski verübt haben. Er soll leicht verwundet worden sein.

Die Friedensverhandlungen.

DZ. Paris, 12. Jan. (Havadmeldung.) In der heutigen Sitzung des Obersten alliierten Rates wird das einschreibende Memorandum zur Friedenskonferenz beraten werden. Der „Matin“ berichtet, daß die Prinzipien des Bundes der Nationen und der Bestimmungen zu den 14 Punkten Wilsons an den Anfang des Memorandums gestellt werden. Das Blatt gibt noch folgende Einzelheiten: Die Sitzungen der Konferenz werden jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag abgehalten werden, so daß die Ministerpräsidenten von Italien und England die Möglichkeit haben werden, im Notfall zur Regelung dringender Angelegenheiten sich nach Rom oder London zu begeben. Der Präsident des Rates organisierte einen französischen Organisationsdienst, so daß die französische Presse ebenso gut unterrichtet sein wird, wie die ausländische. Die Regierung hat die Absicht, täglich genaue und zahlreiche Auskünfte zu geben. Der „Matin“ meldet ferner, daß Minister Pichon am letzten Freitag die Führer der in Paris angekommenen ausländischen Delegierten besuchte hat. Um Orlando die Möglichkeit zu geben, in Paris zu bleiben, hat der italienische Finanzminister Ritti die am Freitag abbilligte Demission offiziell zurückgezogen.

